

Jugendgewalt

Repression alleine greift zu kurz

Jedes besorgniserregende und tragische Ereignis in Bezug auf Jugendliche, die hemmungslos Gewalt anwenden, ruft verständlicherweise sofort die Politik auf den Plan. Die Rezepte dagegen sollen schnell Wirkung zeigen: Ausschaffung, mehr Polizei, Fussfesseln, Gefängnis. Damit wird vermieden, dass sich die Verantwortlichen vertieft mit diesem Problem auseinander setzen müssen. Fakt ist, dass es seit 1999 keinen statistisch relevanten Anstieg der Jugendgewalt gibt. Dies beweist eine Studie der Universität Zürich, nachzulesen auf www.paed.unizh.ch/Forschung. Fakt ist aber auch, dass es gewalttätige Jugendliche gibt, oft Wiederholungstäter, welche die natürliche Hemmschwelle verloren haben und auch dann noch auf ihre Opfer einschlagen, wenn diese schon lange wehrlos am Boden liegen.

Wenn jetzt die Verantwortlichen ein radikales Vorgehen verlangen, ist das verständlich. Zudem haben repressive Massnahmen immer auch eine präventive Komponente. Doch die vorgeschlagenen Rezepte greifen zu kurz. Um dem Phänomen Jugendgewalt wirkungsvoll zu begegnen, braucht es neben der Repression auch Präventionsarbeit, gute Konzepte und ein koordiniertes und konsequentes Handeln der verschiedenen Institutionen und Verantwortlichen. Genau dies hat die SP-Fraktion im Kantonsrat am 17. September 2007 in ihrem Massnahmenpaket verlangt. Sie forderte die Unterstützung der Risikofamilien bei ihrer Erziehungsarbeit, den Ausbau der Brückenangebote, die statistische Erfassung der stellenlosen Jugendlichen, die verbindliche Netzwerkarbeit auf Gemeindeebene zwischen den zuständigen Stellen wie Schule, Sozialarbeit, Polizei und Jugendarbeit. Ferner fordert sie Massnahmen gegen die Verletzung der elterlichen Aufsichtspflicht und die Prüfung von vormundschaftlichen Massnahmen im Falle von schwer delinquenten Jugendlichen. Zudem reichte die SP am 13. November 2007 eine Motion zum koordinierten Vorgehen im Falle von gewalttätigen Jugendlichen während der obligatorischen Schulzeit ein.

Die hohe Gewaltbereitschaft, welche einzelne Jugendliche heute zeigen, entstand nicht zufällig. Sie entwickelte sich in einem dazu prädestinierten Umfeld. Jugendgewalt ist aber trotzdem nicht gleich Ausländergewalt. Jugendgewalt ist ein soziales Problem. Die Früherfassung und die frühe Präventionsarbeit sind eminent wichtig, wenn man dieser Entwicklung effizient begegnen will. Die SP fordert deshalb: nachhaltige Vorbeugung, konsequente Erfassung, und rigorose Bekämpfung von exzessiven Gewaltübergriffen. Diese Themen müssen weit oben auf der politischen Agenda stehen. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

Bettina Egler, Kantonsrätin SP Baar